Politikwissenschaftler Bieber warnt vor »Politikerjournalismus«

Frankfurt a.M. (epd). **Der Politikwissenschaftler Christoph Bieber warnt vor der Entstehung eines neuen Journalismus im Zeitalter des Internets. Politiker würden dank der neuen Kommunikationsmöglichkeiten selbst zu Autoren von Beiträgen, sagte Bieber am Donnerstag beim LPR-Forum in Frankfurt am Main. Dieser »Politikerjournalismus« trete in Konkurrenz zu den klassischen Medienakteuren, sagte Bieber. Kritische Nachfragen blieben bei dieser Form des Journalismus naturgemäß aus.**

Bieber sagte, moderne Wahlkämpfe würden zunehmend mit Hilfe des Internet geführt. Politiker nutzten soziale Netzwerke wie Facebook oder Twitter, um ihre Botschaften öffentlich zu machen. So entstehe eine »neue Arena der politischen Kommunikation«. Zunehmend inszenierten sich Politiker auch in Videos, die sie selbst ins Netz stellten. So bildeten sich neue Sendeinfrastrukturen aus.

Der FDP-Bundestagsabgeordnete Björn Sänger bestätigte, dass er die Gelegenheit gern nutze, im Internet direkt mit den Bürgern in Kontakt zu treten: »Zwischen mir und dem Empfänger ist keiner dazwischengeschaltet«, sagte Sänger. Die Kommunikation in sozialen Netzwerken sei allerdings sehr zeitaufwendig: »Wenn man es macht, muss man es richtig machen, und man muss es selbst machen.« Kommunikation im Internet allein reiche aber nicht aus, um die Wähler zu erreichen. In seinem Wahlkreis Waldeck, der sehr ländlich geprägt sei, brauche er auch die Heimatzeitung, um die Menschen dort anzusprechen, sagte er. Soziale Medien seien dort noch nicht sehr stark verbreitet.

Benedikt Köhler von der Arbeitsgemeinschaft Social Media wies darauf hin, dass sich die politische Kommunikation mit Hilfe des Internets von den klassischen Medien wie Zeitung, Fernsehen und Radio in andere Öffentlichkeiten verlagert habe. Es finde viel außerhalb des Journalismus statt. Dadurch verändere sich auch die Art der Kommunikation, sagte er.

Gregor Hackmack von der Internetplattform »abgeordnetenwatch.de« sagte, Angebote wie dieses seien inzwischen eine wichtige Quelle für viele Medien. Journalisten betrachteten die Informationen der Plattform als vertrauenswürdig. In der Diskussion um die Nebeneinkünfte des SPD-Politikers Peer Steinbrück hätten sich viele Medien auf »abgeordnetenwatch.de« als Quelle berufen. Abgeordnetenwatch werde von einem Verein getragen und durch Spenden unterstützt.

Der Medienrechtler Bernd Holznagel gab zu bedenken, dass es keine rechtlichen Regelungen für die politische Kommunikation im Internet gebe. Während Zeitungs- oder Fernsehjournalisten gewisse Sorgfaltsregeln beachten müssten, gebe es bei Twitter oder Facebook keine Vorgaben für journalistische Standards. Holznagel forderte mehr Transparenz bei Kommunikationsplattformen von Politikern, vor allem auch in Hinblick auf die Finanzierung.

Franz Mayer, Professor für öffentliches Recht an der Universität Bielefeld, warnte vor einer Beschädigung der traditionellen Medien durch das Internet. Sehr deutlich zeige sich derzeit, dass die Qualitätsmedien unter Druck stünden und zu verschwinden drohten. Die Fülle an Information, die vorhanden sei, treffe auf Empfängerseite auf begrenzte Möglichkeiten, die Information zu verarbeiten, sagte er. So gut das Internet

für die Herstellung von Transparenz in der Demokratie sei, so fehlten dort oft Einordnung und Analyse. Daher bestehe auch die Gefahr, dass der Bürger zu einem »Netzuntertan in einer digitalen Scheindemokratie« werde.

Das LPR-Forum Medienzukunft zum Thema »Wähler im Netz« wurde veranstaltet von der Landesanstalt für Privaten Rundfunk und neue Medien (LPR) in Hessen. *dir*

IMPRESSUM

Herausgeber und Verlag:
Gemeinschaftswerk der Evang. Publizistik (GEP) gGmbH in Frankfurt am Main. HRB 49081
USt-ID-Nr.DE 114235 916
Geschäftsführer: Jörg Bollmann
Verlagsleiter: Bert Wegener

Chefredakteur der epd-Zentralredaktion:
Dr. Thomas Schiller
epd medien und epd medien aktuell:
Diemut Roether (Verantw. Redakteurin), Michael Ridder, Henning Engelage
E-Mail: medien@epd.de
kundenservice@epd.de

Erscheinungsweise: einmal wöchentlich. (Druckausgabe)
Monatsabonnement: Druckausgabe plus fünf Mal wöchentlich epd medien aktuell (elektronisch): 70 Euro inkl. MWSt, im Ausland exkl. MWSt zuzüglich Versand.

Nachdruck nur mit Vertrag.
Druck: druckhaus köthen
Emil-von-Behring-Straße 3
Briefe: Postfach 50 05 50
60394 Frankfurt am Main
Telefon (069) 5 80 98-209
Telefax (069) 5 80 98-261